Gemeinde Berglern

Bebauungsplan Harreräcker

1. Änderung

Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München Böhm & Sandler Stadtplanung

- Geschäftsstelle -Uhlandstraße 5 8000 München 2

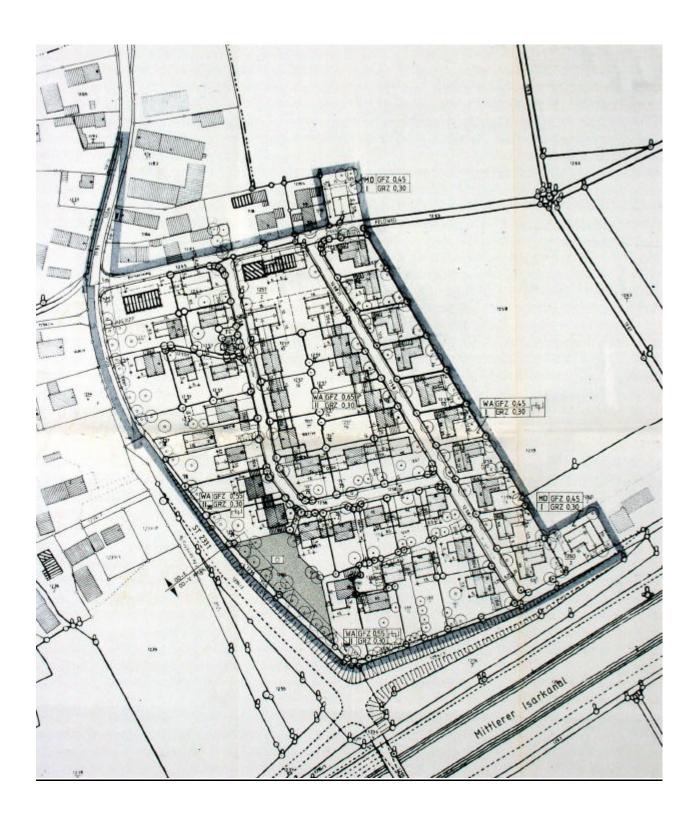
Wörthstraße 18 a 8000 München 80

Vorentwurf 17.12.1991 Entwurf 31.03.1992

27.07.1992

Die Gemeinde Berglern erläßt aufgrund §§ 1 bis 4 sowie §§ 8 ff Baugesetzbuch - BauGB -, Art. 91 Bayerische Bauordnung BayBO -, der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke -BauNVO und Art. 23 Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern -GO - diesen Bebauungsplan als

SATZUNG:



A) Festsetzungen durch Text

- Art der Nutzung
- 1.1 Das mit WA bezeichnete Bauland ist nach § 4 Baunutzungsverordnung (BauNVO) als Allgemeines Wohngebiet festgesetzt.
- 1.1.1 Nicht zulässig sind Betriebe des Beherbergungsgewerbes, Anlagen für Verwaltungen, Gartenbaubetriebe und Tankstellen.
- 1.2 Das mit MD bezeichnete Bauland ist nach § 5 BauNVO als Dorfgebiet festgesetzt.
- 1.2.1 Nicht zulässig sind Betriebe des Beherbergungsgewerbes, Anlagen für Verwaltungen, Gartenbaubetriebe und Tankstellen.
- 2. Maß der baulichen Nutzung
- 2.1 Grundflächenzahl und Geschoßflächenzahl sind nach § 19 Abs. 3 und 4 bzw. § 20 Abs. 3 und 4 (BauNVO 1990) zu ermitteln.
- 2.2 Die Geschoßfläche ist nach Aussenmaßen der Gebäude in allen Vollgeschoßen zu ermitteln. Die Flächen von Aufenthaltsräumen in Dachgeschoßen sind nicht zu mitzurechnen.
- Bauweise
- 3.1 Bei Ausnutzung der überbaubaren Grundstücksfläche ist die Unterschreitung der nach Art. 6 BayBO erforderlichen Abstandsflächen zur Grundstücksgrenze in den durch Planzeichen festgesetzten Fällen zulässig.
- 4. Bauliche Gestaltung
- 4.1 Haupt- und Nebengebäude sind mit geneigten Dächern in ähnlicher Dachneigung zu versehen.
- 4.2 Bei Anbauten an bestehende Gebäude sind Dachneigung und Dachdeckung möglichst einheitlich zu gestalten.
- 4.3 An gemeinsamen Grundstücksgrenzen ist nur ein profil- und höhengleicher Zusammenbau der Gebäude bei gleicher Dachdeckung zulässig.
- 4.4 Zulässig sind bei Gebäuden mit einem Vollgeschoß Dachneigungen zwischen 32 Grad und 37 Grad, bei Gebäuden mit zwei Vollgeschossen zwischen 27 Grad und 32 Grad. Ausgenommen sind hiervon Anbauten an bestehende Gebäude. In diesen Fällen findet Pkt. 4.2 Anwendung.
- 4.5 Die Belichtung des Dachraumes erfolgt über stehende Fenster in den Giebelseiten der Gebäude und über Dachflächenfenster. Giebelförmige Dachgauben zur Belichtung von Aufenthaltsräumen in Dachgeschoßen sind nur ab einer Dachneigung von mindestens 35 Grad zulässig. Die Summe aller Dachgauben (gemessen wird jeweils die lichte Dachöffnung) darf 2/5 der jeweiligen Fassadenbreite nicht überschreiten. Der Abstand der Dachgauben vom Ortgang darf 1,5 m nicht unterschreiten.
- 4.6 Technische Dachaufbauten, insbesondere solche zur Gewinnung von Sonnenenergie, können sofern sie sich hinsichtlich Größe, Form, Farbe und Material einfügen ausnahmsweise zugelassen werden. Pro Haus bzw. Hausgruppe ist nur eine Antennenanlage über Dach zulässig.
- 4.7 Zulässige Wandhöhen sind bei Gebäuden mit einem Vollgeschoß 4,0 m, bei Gebäuden mit zwei Vollgeschossen 6,5 m, gemessen von der Oberkante Straßenmitte der angrenzenden öffentlichen Straßenverkehrsfläche bis Unterkante Dachsparren.
- 4.8 Die Höhe der Oberkante Erdgeschoßrohfußboden, bezogen auf die Oberkante Straßenmitte der angrenzenden öffentlichen Straßenverkehrsfläche, darf 0,3 m nicht überschreiten.

- 4.9 Erker, Loggien, Balkone sind allgemein zulässig, dürfen jedoch um höchstens 1,5 m die Baugrenze überschreiten. Die Summe aller Vorbauten darf bei Überschreitung der Baugrenze ein Drittel der jeweiligen Fassadenbreite nicht überschreiten.
- 6. Einfriedungen
- 6.1 Die Höhe von Einfriedungen und geschnittenen Hecken ist auf 1,2 m beschränkt.
- 7. Garagen, Stellplätze, Nebenanlagen
- 7.1 Garagen dürfen nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen errichtet werden, sofern sie durch Planzeichen nicht gesondert festgesetzt sind.
- 7.2 Stapelparkergaragen mit einer Traufhöhe bis maximal 3,0 m, bezogen auf die Oberkante Straßenmitte der angrenzenden öffentlichen Straßenverkehrsfläche, sind an Grundstücksgrenzen zulässig.
- 7.3 Pro Wohneinheit sind 2 Stellplätze auf dem Grundstück nachzuweisen. Der Platz vor den Garagen darf ausnahmsweise als Zweitstellplatz für eine Wohneinheit angerechnet werden. Zusätzliche offene Stellplätze können auf den Privatgrundstücken an die Straßenbegrenzungslinie angrenzend bis zu einer Breite von maximal 5,0 m angelegt werden.
- 7.4 Untergeordnete Nebenanlagen und Einrichtungen gemäß § 14 Abs. 1 und 2 sind nur innerhalb der festgesetzten überbaubaren Grundstücksfläche zulässig.
- 8. Sichtfelder
- 8.1 Innerhalb der Sichtfelder ist jede Art von Bebauung, Bepflanzung sowie Ablagerung von Gegenständen über 0,8 m Höhe, gemessen über Oberkante Straßenmitte, ausgenommen einzelstehende, hochstämmige, in Sichthöhe unbelaubte Bäume mit einem Astansatz nicht unter 2,00 m, unzulässig.
- 9. Grünordnung
- 9.1 Die unbebauten Grundstücksflächen, auch innerhalb der Baugrenzen soweit sie nicht für andere zulässige Nutzungen benötigt werden sind nach Art. 5 Abs. 1 BayBO als Grünfläche zu nutzen und zu bepflanzen.
- 9.2 Der Anteil der befestigten und versiegelten Flächen ist so gering und so wasserdurchlässig wie möglich zu halten.
- 9.3 Die Standflächen für offene Stellplätze und die Zufahrtsbereiche zu Garagen sind mit Schotterrasen, Rasenpflaster oder Rasengittersteinen auszubilden.
- 9.4 Bei den in der Planzeichnung festgesetzten Bäumen sind geringfügige Abweichungen in der räumlichen Anordnung unter Beibehaltung der Pflanzdichte zulässig. Von der zu begrünenden Fläche sind mindestens 10 % mit Sträuchern entsprechend Pkt. 9.5 zu bepflanzen.
- 9.5 Für die Bepflanzung mit Bäumen und Sträuchern sind nur heimische Arten zulässig, wie:

Bäume:

Acer platanoides Spitzahorn Acer pseudoplatanus Bergahorn Betula verrucosa Birke Fraxinus excelsior Esche Pinus sylvestris Kiefer Quercus pedunculata Stieleiche Salix caprea Salweide Sorbus aucuparia Eberesche Larix decidua Lärche Tilia indermedia Linde

Obstgehölze:

Juglans regia Walnuß

Malus dornestica Mostäpfel, Kultursorten

Prunus avium Süß-Kirsche
Prunus cerasus Sauer-Kirsche
Prunus domestica Pflaume

Pyrus communis Mostbirnen, Kultursorten

Pflanzgröße Bäume:

Solitärbäume und -büsche, 3mal verpflanzt mit Ballen, Stammhöhe bei Pflanzung 2,0 - 3,0 m,

Obstgehölze: Hochstamm, Stammumfang 8-10 cm

Sträucher:

Cornus sanguinea Hartriegel
Corylus avellana Hasel

Euonymus europaeus Pfaffenhütchen

Lonicera xylosteum Gemeine Heckenkirsche

Prunus spinosa Schlehe Rosa canina Hundsrose

Viburnum lantana Wolliger Schneeball

Sambucus nigra Holunder

Pflanzgröße Sträucher:

80 - 100 cm Höhe, 2mal verpflanzt mit Ballen

- 9.6 Die festgesetzten Pflanzungen sind spätestens nach Fertigstellung neuer Gebäude bzw. von An- und Umbauten durchzuführen.
- 9.7 Dem Bauantrag ist ein Freiflächengestaltungsplan, der aus diesen Festsetzungen entwickelt ist, beizugeben. Über ihn wird im bauaufsichtlichen Verfahren mitentschieden.

B) Festsetzungen durch Planzeichen

WA MD

Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes

Allgemeines Wohngebiet

Dorfgebiet

GRZ 0,3

Zahl der Vollgeschosse als Höchstgrenze, z.B. zwei Vollgeschosse

GFZ 0,55

11

Grundflächenzahl als Höchstwert, z.B. 0,3 Geschoßflächenzahl als Höchstwert, z.B. 0,55

einzuhaftende Firstrichtungen

Baugrenze

• • •

Unterschreitung der Abstandsflächen nach Art. 6 BayBO

Abgrenzung unterschiedlicher Nutzungen

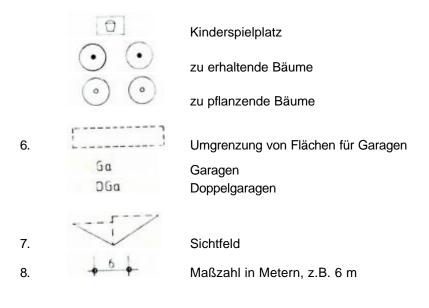
4.

2.

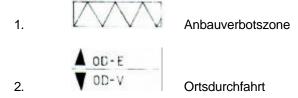
öffentliche Straßenverkehrsfläche
Fußweg
Fuß- und Radweg
Straßenbegrenzungslinie
Straßenbegleitgrün
Parkstreifen / Parkbucht

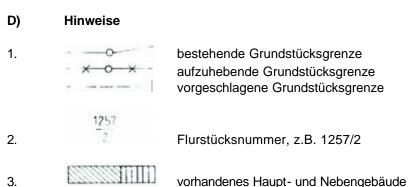
Öffentliche Grünfläche

5.



C) Nachrichtliche Übernahme





- 4. Die Bewirtschaftung der angrenzenden landwirtschaftlichen Nutzflächen ist nach örtlicher und guter fachlicher Praxis ohne Einschränkungen zu dulden.
- 5. Sämtliche Bauvorhaben müssen vor Fertigstellung an die zentrale Wasserversorgungsanlage angeschlossen sein.
- 6. Sämtliche Bauvorhaben sind an die zentrale Abwasserbeseitigungsanlage anzuschließen. Als Zwischenlösung ist auch die Reinigung in Hauskläranlagen zulässig. Die Einzelbauvorhaben sind dann jeweils dem Wasserwirtschaftsamt Freising zur Stellungnahme vorzulegen. Die Grundstücksentwässerungsanlage muß nach den anerkannten Regeln der Technik (DIN 1986 ff) erstellt werden.
- 7. Bauvorhaben sind gegen das hohe Grundwasser/Schicht- und Hangwasser zu sichern.
- 8. In den zur Staatsstraße 2331 hin orientierten Gebäudeteilen auf den an die Staatsstraße angrenzenden Grundstücken ist mit Lärmschutzauflagen durch die Baugenehmigungsbehörde zu rechnen. Innerhalb der belasteten Bauräume können schutzbedürftige Räume, insbesondere Schlaf- und Kinderzimmer, durch Glasvorbauten, wie z.B. Wintergärten, mit zur lärmabgewandten Seite hin angeordneter Be- und Entlüftung zusätzlich geschützt werden.
- 9. Mit Inkrafttreten dieser Bebauungsplanänderung werden alle vorhergehenden Bebauungspläne im Bereich des Planungsgebiets ersetzt.

Verwendete Planunterlagen:

Katasterblätter M 1: 1.000

NO XII 12.1 NO XII 12.2 NO XIII 12.21 NO XIII 12.22

Übersichtsplan:

Ausschnitt des der Reg. v. Obb. zur Genehmigung vorgelegten Flächennutzungsplans M 1 :5.000 Kat.Bl. NO XII 12 u. Kat.Bl. NO XIII 12

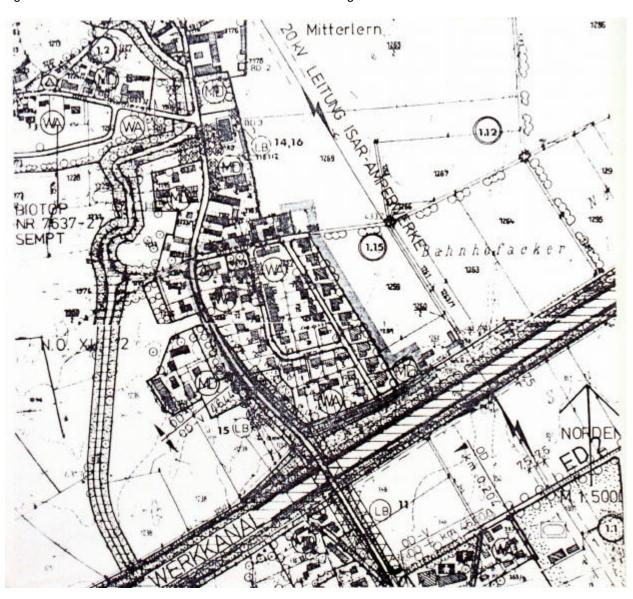
Planzeichnung zur Maßentnahme nur bedingt geeignet.

München, den. 4.12.92

Berglern, den

Planfertiger

Gemeinde Berglern



Verfahrensvermerke

1. Der Beschluß zur Aufstellung der Änderung des Bebauungsplans wurde von der Gemeinde Berglern am 12.3.91 gefaßt und am 10.1.92 ortsüblich bekanntgemacht (§ 2 Abs. 1 BauGB).

Berglern, den 9.12.92 (1. Bürgermeister)

2. Die öffentliche Unterrichtung der Bürger mit Erörterung zum Bebauungsplan-Vorentwurf in der Fassung, vom . 17.12.91 hat in der Zeit vom 20.1. bis 20.2.92 stattgefunden (§ 3 Abs. 1 BauGB).

Berglern, den 9.12.92 (1. Bürgermeister)

3. Die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange zum Bebauungsplan-Vorentwurf in der Fassung vom 17.12.91 hat in der Zeit vom 22.1.91 bis 28.3.92 stattgefunden (§ 4 BauGB).

Berglern, den 9.12.92 (1. Bürgermeister)

4. Die öffentliche Auslegung des Bebauungsplan-Entwurfs in der Fassung vom 31.3.92 hat in der Zeit vom 15.6. bis 15.7.92 stattgefunden (§ 3 Abs. 2 BauGB).

Berglern, den 9.12.92 (1. Bürgermeister)

5. Der Satzungsbeschluß zum Bebauungsplan in der Fassung vom 27.7.92 wurde vom Gemeinderat Berglern am 27.7.92 gefaßt (§ 10 BauGB).

Berglern, den 9.12.92 (1. Bürgermeister)

6. Das Anzeigeverfahren zum ' Bebauungsplan in der Fassung vom 27.7.92 wurde mit Schreiben der Gemeinde Berglern vom 24.11.92 an das Landratsamt Erding eingeleitet. Das Landratsamt hat mit Schreiben vom 24.11.92 AZ 42/610-4/2 keine Verletzung der Rechtsvorschriften geltend gemacht. (§ 11 BauGB)

Berglern, den 9.12.92 (1. Bürgermeister)

7. Die ortsübliche Bekanntmachung über den Abschluß des Anzeigeverfahrens zum Bebauungsplan erfolgte am 4.12.92 dabei wurde auf die Rechtsfolgen der §§ 44 und 215 BauGB sowie auf die Einsehbarkeit des Bebauungsplans hingewiesen. Mit der Bekanntmachung trat der Bebauungsplan in der Fassung vom 27.7.92 in Kraft:

(§ 12 BauGB).

Berglern, den 9.12.92 (1. Bürgermeister)



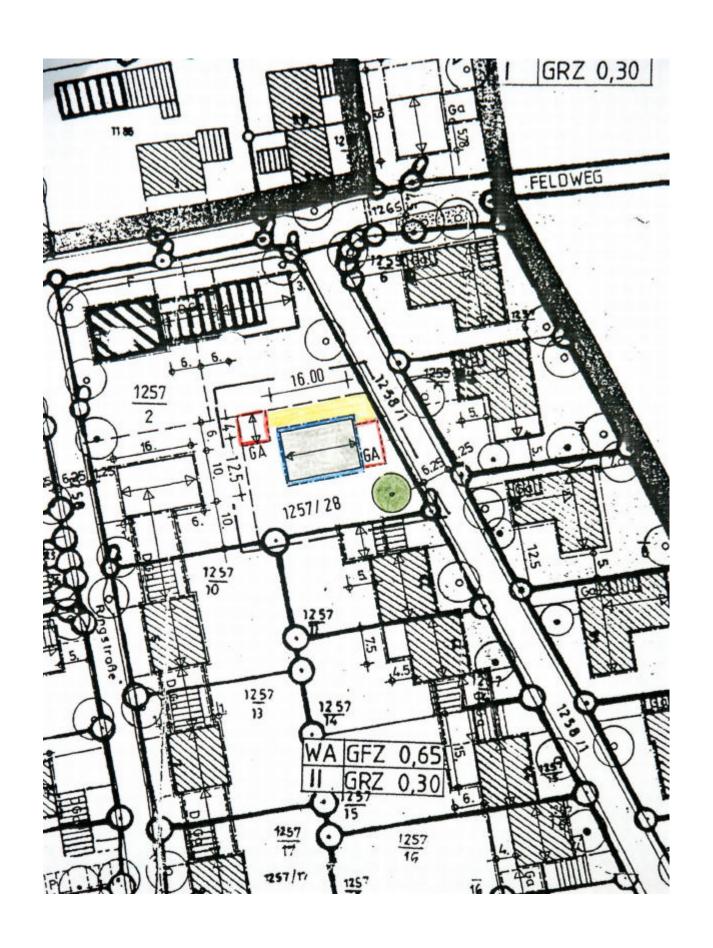
KONRAD HUBER

BAUGESCHÄFT

Manhartsdorf 18 Telefon 08762/1889 Telefax08762/5183 85456 Wartenberg Bauvorhaben: Ausbau einer Wohnung im DG des bestehenden Einfamilienwohnhauses in 85459 Berglern, Ringstr. 56, Baugebiet "Harreräcker", Flnr. 1259/8 Bauherr: Gerbl Werner Ringstr. 56 85459 Berglern 08762/2144 Antrag auf Änderung den Bebauungsplanes für das Wohngebiet "Harreräcker" , Gemeinde Berglern Betrifft: Flnr. 1259/8 Entgegen dem Bebauungsplan soll die Firstrichtung des breiteren (bei gleicher Trauhöhe damit höheren) Gebäudeteils von West nach Ost durchlaufen. Der First des schmäleren (bei gleicher Traufhöhe damit niedrigeren) Gebäudeteils soll in den Haupbau einbinden. Westlich des bestehenden Gebäudes soll eine Garage oder ein Carport angebaut werden. Nachbarrechtliche Belange werden hiervon nicht berührt. Nachbarunterschriften: Flnr. 1259/7 Brandlhuber Rudi Ringstrasse 58 85459 Berglern Flnr. 1259/9 Roesch Giselher Ringstrasse 54 85459 Berglern Wartenberg, den 28.03.96

(Planfertiger)

(Bauherr)



Bekanntmachungsvermerke

zur vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes Harrer-Äcker gem. § 13 BauGB (i.V. mit)

1. Der Gemeinderat Berglern hat in seiner Sitzung am 25.5.2000 die vereinfachte Änderung des Bebauungsplans beschlossen.

Die betroffenen und benachbarten Grundstückseigentümer wurden mit Schreiben vom und das Landratsamt Erding mit Schreiben vom 31.5.2000 von dem Beschluß verständigt und um Stellungnahme gebeten.

Berglern, den 4.9.2000

Gemeinde Berglern

- 1. Bürgermeister
- 2. Der Gemeinderat Berglern hat die vereinfachte Änderung am 17.8.2000 als S a t z u n g beschlossen.

Berglern, den 4.9.2000

Gemeinde Berglern

- 1. Bürgermeister
- 3. Die vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Harrer-Äcker wurde am 1.9.2000 ortsüblich durch Veröffentlichung im Mitteilungsblatt der Verwaltungsgemeinschaft Wartenberg Nr. 33/2000 bekanntgemacht.

Berglern, den 4.9.2000

Gemeinde Berglern

1. Bürgermeister

Im übrigen gelten die Festsetzungen des Bebauungsplanes.

BEBAUUNGSPLAN VEREINFACHTE ÄNDER UNG

für das

WOHNGEBIET

HARRERÄCKER

GEMEINDE BERGLERN

Planfertiger

Wartenberg, den 24.05.2000